

[SPD-Ratsfraktion Rathausplatz 1 59759 Arnsberg](#)

An den
Bürgermeister
Herrn Hans-Josef Vogel
Rathausplatz 1
59759 Arnsberg

**Rathausplatz 1, 59759 Arnsberg
Zimmer 150**

Vorsitzender: **Franz-Josef Schröder**
Fraktionsgeschäftsführerin: **Bärbel Risadelli**

☎ **02932/201-1443**

☎ **02932/201-1871**

e-mail: **fraktion@spdarnsberg.de**

Internet: **www.spd-arnsberg.de**

Arnsberg, den 20. April 2011

Elternbefragung zur bedarfsgerechten Schullandschaft

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Vogel,

Antrag

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Arnsberg fordert die Verwaltung zur Gestaltung einer zukünftigen bedarfsgerechten Schullandschaft auf, für den Bereich der Sekundarstufe I eine Befragung der Eltern aller Grundschul Kinder durchzuführen. Es soll dabei eruiert werden, ob die Eltern in Arnsberg neben beziehungsweise anstelle der bestehenden Schulformen weitere Angebote wünschen. Der Elternbefragung vorgeschaltet werden soll eine intensive Diskussions- und Informationsphase. Die Ergebnisse der Elternbefragung dienen anschließend als Basis für die Planung der zukünftigen Schullandschaft in Arnsberg. Die SPD-Fraktion fordert die Verwaltung daher zu folgendem abgestuften Vorgehen auf:

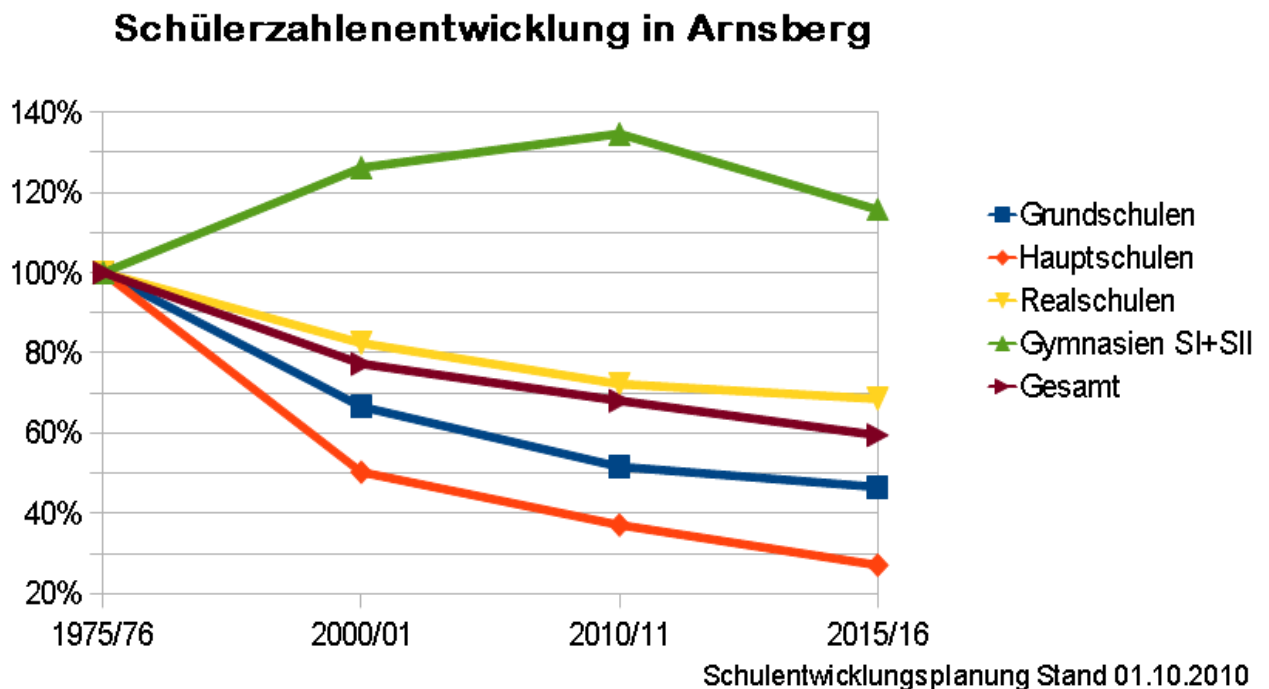
1. Die Verwaltung bietet in den Siedlungsschwerpunkten Arnsberg, Hüsten, Neheim und Oeventrop Informationsveranstaltungen an. Dort sollen Experten über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Schulformen und -modelle informieren. Die Beteiligung aller im Rat vertretenen Parteien bei der Auswahl der Experten soll sicherstellen, dass das Meinungsspektrum auf diese Weise breit sowie objektiv und neutral dargelegt wird.
2. Weiterführende und begleitende grafisch unterstützte Informationen (auch in unterschiedlichen Sprachen) in gedruckter Form und im Internet müssen die Informationsveranstaltungen ergänzen.
3. Nach Abschluss der Informationsphase soll die per Gesetz vorgeschriebene Elternbefragung wiederum differenziert nach Siedlungsschwerpunkten durchgeführt werden. Dabei sollen die Eltern aller Grundschul Kinder befragt werden, welche Schulformen sie sich für ihre Kinder vorstellen können. Die Befragungskriterien sind entweder vom Arbeitskreis Schulstruktur oder vom Ältestenrat auf Vorschlag der Verwaltung zu formulieren.

4. Die Verwaltung erhält durch die Elternbefragung empirische Daten, die als Basis für die zukünftige Gestaltung der Schullandschaft im Bereich der Sekundarstufe I für eine Ratsvorlage Verwendung finden.
5. Der Fachausschuss schlägt dem Rat nach Anhörung der beteiligten Bezirksausschüsse die Kriterien der Schulstruktur zur Entscheidung vor.

Problemlage

Alle Experten sind sich einig, dass sich die Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen aber auch in Arnsberg in einem dramatischen Veränderungsprozess befindet. Durch die demographische Entwicklung nehmen die Schülerzahlen insgesamt deutlich ab. Die verbleibenden Schüler und Schülerinnen verteilen sich allerdings ungleich auf die verschiedenen Schulformen. Am geringsten vom Schülerrückgang betroffen sind die Gesamtschulen, da, wo sie nicht angeboten werden, die Gymnasien. Dagegen erleben die Hauptschulen dramatische Einbußen, von denen Realschulen und Gymnasien zurzeit noch profitieren - aber auch nur da, wo keine weitere Schulform alternativ angeboten wird.

In Arnsberg sind nach der aktuellen Schulentwicklungsplanung (Stand 1.10.2010, siehe Grafik) die Schülerzahlen an den Hauptschulen allein zwischen 2000/01 und 2010/11 um 26,2% zurückgegangen.



Insgesamt prognostiziert die Schulentwicklungsplanung der Stadt Arnsberg bis 2015/16 einen Rückgang um 46% (bezogen auf 2000/01). Nur noch wenige Eltern sehen im Hauptschulabschluss einen für die Zukunft ihrer Kinder adäquaten Schulabschluss. In Arnsberg führte diese Entwicklung bereits zum Auslaufen der Hauptschule in Oeventrop. Bei einem Wegfall der Hauptschulen droht auf längere Sicht ein Erosionsprozess der Realschulen zu Gunsten der Gymnasien.

Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, dass Politik und Verwaltung diese Entwicklung nicht einfach passiv hinnehmen sollten. Stattdessen bietet die Situation die Chance, die Schullandschaft wohnortnah, flexibel, leistungsfähig, bedarfsgerecht und zukunftssicher zu gestalten.

Für die SPD-Fraktion besteht am Fortbestand und der Zukunftsfähigkeit der Gymnasien kein Zweifel. Dagegen herrscht für den übrigen Bereich der Sekundarstufe I, wie angedeutet, mittelfristig Handlungsbedarf. Verschiedene Modelle stehen neben Haupt- und Realschule zur Verfügung:

- Verbundschule
- integrierte Gesamtschule
- Gemeinschaftsschule

Eine wie auch immer geartete Veränderung der Schullandschaft darf, wenn sie akzeptiert und erfolgreich sein soll, nicht gegen den Willen der Beteiligten von der Verwaltung oder der Politik verordnet werden. Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern und andere Beteiligte müssen den jeweiligen Weg unterstützen und mittragen. Von grundsätzlicher Bedeutung ist dabei insbesondere der Elternwille. Die Eltern bestimmen letztlich, welche Schule ihr Kind nach dem Abschluss der Primarstufe besuchen soll. Daher ist eine Elternbefragung nötig.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Franz-Josef Schröder
Fraktionsvorsitzender

gez. Andreas Posta
stellv. Vorsitzender im Ausschuss
Schule, Jugend u. Familie

F.d.R.
Bärbel Risadelli
Fraktionsgeschäftsführerin

